

Für mehr Sicherheit auf deutschen Straßen – Hochzeitskorsos effektiv bekämpfen

Beschluss des Deutschlandtages vom 11. bis 13. Oktober 2019 in Saarbrücken

Die Junge Union Deutschlands fordert sogenannte illegale Hochzeitskorsos auf deutschen Straßen effektiver zu bekämpfen. Hierzu sind die Katalogstraftaten in § 69 StGB um den Tatbestand der Nötigung (§ 240 StGB) zu erweitern. Hierdurch wird es wesentlich einfacher, bei den Beschuldigten den Führerschein zu beschlagnahmen und die Fahrerlaubnis zu entziehen. Auch die Einziehung der Tatfahrzeuge sollte vereinfacht werden.

Begründung:

Durch das relativ neue Phänomen der „illegalen Hochzeitskorsos“ gerät die Sicherheit im Straßenverkehr immer stärker unter Druck. Allein für NRW berichtet die Polizei für die Zeit vom 01. April bis zum 10. Juli 2019 von 255 Einsätzen. Die oft jungen Täter blockieren, nötigen und gefährden andere Verkehrsteilnehmer mit oft erschreckender Rücksichtslosigkeit. Diesem Verhalten muss der deutsche Rechtsstaat mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegen. Dazu gehören eine effektive und konsequente Strafverfolgung und die erweiterte Möglichkeit, die Täter vor allem dort zu treffen, wo es ihnen weh tut. Da sich viele der Täter offenbar vor allem über ihre Autos definieren, wäre eine denkbare Maßnahme, die Katalogstraftaten in § 69 StGB um den Tatbestand der Nötigung (§ 240 StGB) zu erweitern. Hierdurch wäre es wesentlich einfacher, bei den Beschuldigten den Führerschein zu beschlagnahmen und die Fahrerlaubnis zu entziehen. Auch die Einziehung der Tatfahrzeuge sollte vereinfacht werden. Denn: Wer die Sicherheit auf unseren Straßen derart rücksichtslos riskiert, der hat hinterm Steuer nichts verloren.